

## Wachstumsschmerzen

Die Konjunktur zieht langsam an in Europa, doch viele Probleme bleiben

„Wie geht es Europas Sorgenkindern vier Jahre nach Beginn der Krise?“, fragten wir Korrespondenten aus Irland, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal im Januar 2014. „Auf dem Weg der Besserung“, lautete die Antwort. Und heute? Geht es weiter vorsichtig bergauf – allerdings treten strukturelle Defizite und gesellschaftliche Zerwürfnisse noch deutlicher zutage.



### Rekordwachstum nach Roskur

Das Ende des harten Sparkurses kam für Irland rechtzeitig

Martin Alioth | „Drei Wochen war der Frosch so krank. Jetzt raucht er wieder. Gott sei Dank!“ Selbstverständlich war Irland viel länger krank als Wilhelm Buschs Frosch. Und natürlich ist das Rauchen in Irland seit 2004 fast überall verboten. Trotzdem gilt: Der konjunkturelle Bruch zeichnete sich schon 2007 ab, im Juli 2008 folgte der erste Sonderhaushalt (dessen Maßnahmen aus heutiger Sicht eher eine Alice-im-Wunderland-Qualität haben, derart putzig nehmen sie sich aus), im September darauf kam die umfassende Garantie des irischen Staates für die Verbindlichkeiten der irischen Banken.

Die fünf Jahre zwischen 2009 und 2013 brachten den Kollaps der irischen Binnenwirtschaft einschließlich sämtlicher Banken, und, zeitlich überlappend, eine vollständige Neukonfiguration des Staatshaushalts. Doch inzwischen scheint das Schlimmste überstanden.

Etwa gleichzeitig mit dem formellen Ende des internationalen Hilfsprogramms für Irland im Dezember 2013 – finanziert durch die Europäische Union, den Internationalen Währungsfonds und befreundete Staaten wie Großbritannien, Dänemark und Schweden – kehrte das Land zu kräftigem Wachstum zurück. Für 2014 wird eine Zunahme des Bruttoinlandprodukts von rund 5 Prozent veranschlagt. Das schlug sich auch im Staatshaushalt nieder: Die Einnahmen lagen über den Erwartungen, bei den Ausgaben profitierte man von der schneller sinkenden Arbeitslosigkeit. Für 2014 rechnet man mit einem Fehlbetrag von 3,7 Prozent des BIP anstelle der einst budgetierten 4,8 Prozent.

Noch im Sommer hatten sich internationale Organisationen und Forschungsinstitute darin überboten, dem irischen Finanzminister Michael Noonan eine anhaltende Spardisziplin nahe zu legen. Laut dem mit der Troika der Gläubiger 2010 vereinbarten Plan hätte das Budget für 2015 erneute „Korrekturen“ – also Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen – im Umfang von zwei Milliarden Euro enthalten sollen. Doch die erfreuliche konjunkturelle Entwicklung erlaubte Noonan, diesen Rat in den Wind zu schlagen. Im Oktober legte er zum ersten Mal seit 2007 einen ganz leicht expansiven Haushalt vor: Der Gürtel durfte etwas gelockert werden. Trotzdem wird das Defizit 2015 unter der magischen Marke von 3 Prozent des BIP liegen.

## Über 100 000 Iren protestierten gegen die Trinkwasser-Besteuerung

Das Ende der Rosskur kam – politisch betrachtet – keine Sekunde zu früh. Geduldig hatten die Iren immer höhere Abgaben und schrumpfende Leistungen ertragen. Selbst die früher politisch undenkbar Besteuerte von privatem Wohneigentum ließ sich durchsetzen, indem das Diktat der Troika vorgeschoben wurde. Doch jetzt ist das Maß offenbar voll: Über 100 000 Menschen gingen im November auf die Straße, um gegen die Besteuerung von Trinkwasser zu protestieren. Der Unmut entspringt zum einen dem Überdruß an immer neuen Rechnungen, zum anderen allerdings auch der Empörung über das geradezu groteske Maß an Inkompetenz, das sich beim Aufbau der zentralen irischen Wasserbehörde offenbarte. Die bedrängte Regierung verteidigt ihr Festhalten an den neuen Gebühren damit, dass das marode Leitungsnetz der Republik hohe Investitionen verlange. Nur wenn die Konsumenten über die Hälfte der Kosten beisteuerten, könne die Bilanz von „Irish Water“ aus der Staatsrechnung ausgelagert werden. Anderenfalls würde die Staatsschuld anwachsen.

## Keine akuten Schmerzen mehr

Wenn man die hohen Bargeldreserven des irischen Staates berücksichtigt, ergibt sich derzeit eine Nettoschuld, die ungefähr der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht. 2014 hat die akkumulierte Staatsschuld ihren Höhepunkt mit 110 Prozent des BIP überschritten. Die Rendite auf zehnjährige staatliche Obligationen ist mittlerweile unter 2 Prozent gesunken. Deshalb haben Irlands europäische Partner dem Plan zugestimmt, die Hilfskredite des IWF, die höher verzinst waren, vorzeitig zurückzubezahlen und durch billigere irische Bonds zu ersetzen. Das entlastet den laufenden Haushalt.

Das Hauptziel der Austerität nach Lehrbuch ist somit erreicht: Die internationale Kreditfähigkeit des Landes ist wiederhergestellt, der Staatshaushalt nähert sich dem Gleichgewicht. Sollten die geltenden Wachstumsprognosen zutreffen, wird der Rest des Weges keine akuten Schmerzen mehr bereiten.

Die reale irische Wirtschaft profitiert derzeit davon, dass ihre Hauptmärkte außerhalb des Euro-Raumes liegen und dass sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien ein kräftiges Wachstum verzeichnen. Der Exportüberschuss bildet diese strukturellen Gegebenheiten ab. Dennoch bleibt die hohe Staatsverschuldung ein Mühlstein und ein Risikofaktor.

Die beiden wichtigsten Komponenten des irischen BIP, der private Konsum und die privaten Bruttoinvestitionen, haben sich nach jahrelangem Rückgang im vergangenen Jahr erholt. Die Erträge der Mehrwertsteuer, PKW-Verkäufe und Indizes für den Bausektor bezeugen diesen Umschwung. Die Beschäftigung hat zu-, die Nettoauswanderung abgenommen.

Die Binnenwirtschaft ist also zu „normaleren“ Werten zurückgekehrt – und der Exportsektor leistet weiterhin einen erheblichen Wachstumsbeitrag. Der Wert der irischen Exporte liegt leicht über dem des BIP. Diese Exporte gehen zu über 80 Prozent auf Firmen in ausländischem Besitz zurück. Deren Wohlbe-

## Milliardenschwere Profite landen am Fiskus vorbei in exotischen Oasen

finden liegt daher im ureigensten Interesse Irlands. Deshalb schlägt die globale Debatte über die Besteuerung multinationaler Konzerne hier besonders hohe Wellen. Dabei geht es – endlich – nicht mehr vorwiegend um den irischen Körperschaftssteuersatz von 12,5 Prozent, sondern um die bisherige Duldung von staatenlosen Firmen, über deren Konten milliardenschwere Profite in karibische oder sonstige exotische Oasen verschoben wurden, ohne direkten Nutzen für den irischen Fiskus.

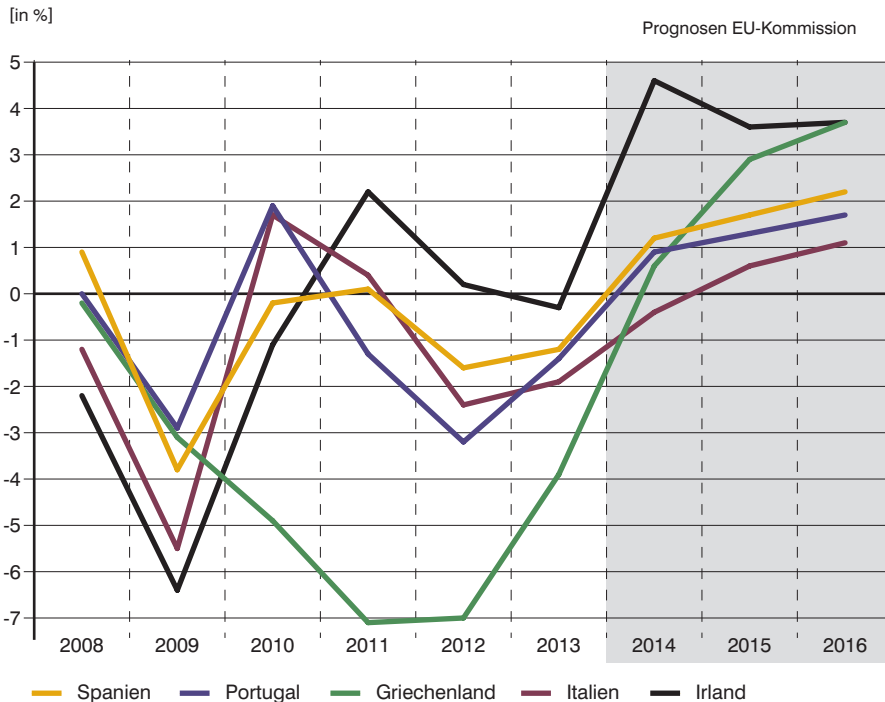
In seiner Haushaltsrede im Oktober kündigte Finanzminister Noonan deshalb in vorauseilendem Gehorsam den Abschied vom „doppelten Ire“ („double Irish“) an. So werden diese Schachtelfirmen spöttisch bezeichnet. Seit dem 1. Januar dürfen neu in Irland ansässige Firmen dieses Schlupfloch nicht mehr benutzen, bisherige Nutznießer wie Apple, Facebook, Microsoft, Pfizer, Google und viele andere haben noch eine Gnadenfrist bis Ende 2020.

Gleichzeitig kündigte Noonan die Einrichtung einer „Patent-Box“ für die innerbetriebliche Abgeltung von Rechten und Patenten an. Diese soll, so melden irische Medien ohne offizielle Bestätigung, lediglich mit 6,25 Prozent besteuert werden. Einzelheiten liegen derzeit noch nicht vor, nicht zuletzt, weil dieser ganze Problembereich derzeit von der OECD, den G-20 und anderen beachtet wird. Die irische Regierung will guten Willen zeigen, um den Ruf des Landes zu wahren, möchte aber gleichzeitig keinem Konkurrenten einen Standortvorteil auf dem Silbertablett präsentieren.

Die laufende Untersuchung der EU-Kommission, ob Apple vom irischen Fiskus unstatthaft begünstigt worden sei, hat viel Staub aufgewirbelt; dass die Namen irischer Firmen im Zusammenhang mit Enthüllungen über die Praktiken in Luxemburg auftauchen, ist ebenfalls höchst unwillkommen. Falls es sich aber international durchsetzen ließe, dass globale Firmen – namentlich im digitalen Bereich – ihre Gewinne irgendwo versteuern müssen, dann könnte Irland, das auch andere Standortvorteile bietet, sogar mit Mehreinnahmen rechnen.

## Umgestülptes Bankensystem

Ebenfalls keine Steuern zahlten in den vergangenen Jahren die irischen Banken, allerdings aus anderen Gründen. Das Bankensystem ist im Verlaufe der Krise gänzlich umgestülpt worden. Zahlreiche ausländische Firmen haben den Markt mit hohen Verlusten verlassen, einige einheimische Institute sind abgewickelt, andere fusioniert worden.



So bleiben eigentlich nur noch drei Geschäftsbanken übrig. Am besten steht die Bank of Ireland da. Sie hat die staatlichen Einlagen zurückbezahlt und macht Gewinn. Die Steuerzahler besitzen rund 14 Prozent der Aktien. Die Ulster Bank, eine Tochter der nach ihrer Fast-Pleite nahezu staatseigenen britischen Royal Bank of Scotland, rappelt sich nach enormen Verlusten allmählich wieder auf und soll – entgegen anderslautenden Gerüchten – weiterhin in beiden Teilen Irlands aktiv bleiben. Allied Irish Banks schließlich, einst das größte Finanzhaus der Republik, ist 2014 in die Gewinnzone zurückgekehrt. Der Staat hat über 20 Milliarden Euro investiert und bleibt der nahezu alleinige Eigentümer. Die Reprivatisierung der Bank dürfte noch in geraumer Ferne liegen.

Der Gesundheitszustand des irischen Finanzsektors bleibt indessen fragil. Offizielle Statistiken zeigen, dass die Zahl privater Hypothekenschuldner im Verzug abnimmt, weil die Banken (nach langer Indolenz) endlich systematisch aufgelaufene Schulden konsolidieren. Doch der Schein könnte trügen. Solange die verfügbaren Einkommen stagnieren und die Arbeitslosenquote über 10 Prozent bleibt, können auch revidierte Hypothekenverträge wieder faul werden. Das gilt namentlich für den spekulativen Sektor, das heißt jene Hypotheken, die für Mietobjekte aufgenommen wurden.

Die Altlasten der irischen Immobilienblase lassen sich trefflich mit dem regen Handel mit Immobilienkrediten illustrieren. Die Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers meldete, dass Irlands Banken 2014 mehr gebündelte Kredit-Portfolios verkauft hätten als Spanien und Großbritannien zusammengekommen. Hinzu kamen die laufenden Verkäufe der staatseigenen „Bad Bank“, Nama. Zahlreiche amerikanische „Geier-Fonds“ („vulture funds“) haben sich massiv engagiert. Sie hoffen auf rasche Profite, was zahlreiche irische Schuldner in Verlegenheit bringen dürfte, weil sie nun mit einem hartherzigen neuen Gläubiger konfrontiert sind. Die Flurbereinigung dauert also an.

Dr. Martin Alioth ist Irland-Korrespondent u.a. für den Schweizer Rundfunk SRF, die Neue Zürcher Zeitung und den Standard.



## Ein Schritt vorwärts, zwei zurück

Griechenlands Aufschwung steht auf wackligen Beinen

Richard Fraunberger | Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit, die Wiedererlangung staatlicher Souveränität, drastische Senkung der Staatsschulden, Rückkehr internationaler Investoren, Schaffung Zehntausend neuer Arbeitsplätze – so oder so ähnlich sieht die griechische Erfolgsstory aus, von der man in Athen träumt. Sollte sie demnächst auch nur ansatzweise Wirklichkeit werden, hieße ihr Held wohl Antonis Samaras. „Wir übertreffen mit unseren Fortschritten schon jetzt alle Erwartungen. Wir können auf eigenen Füßen stehen. Wir haben die Mittel, das Rettungsprogramm hinter uns zu lassen“, erklärte der Ministerpräsident. Von Wiederauferstehung ist die Rede, vom Beginn einer neuen Ära, vom Ende der Rezession. „Griechenland ist zurück“, erklärte Samaras feierlich. An hymnischen Beschwörungsformeln hat es in Griechenland allerdings noch nie gemangelt. Die Worte sitzen so locker wie die Revolver der Cowboys im Wilden Westen. Glaubt man Samaras, ist Griechenland so gut wie über den Berg. Was ist das? Eine triumphale Auferstehung? Ein politisches Manöver? Wunschdenken?

Tatsächlich erwecken die Meldungen der vergangenen Monate den Eindruck, das Krisenland habe sich wirtschaftlich erholt. Der Aufschwung komme, Griechenland habe die Hürden gemeistert, von nun an sei nur noch mit Wachstum zu rechnen. Vor allem das Zauberwort „Primärüberschuss“ sorgt für Optimismus. Es ist der Deus ex Machina. Die Zahl spiegelt die theoretische Chance wider, den Schuldenstand zu senken. Der zum zweiten Mal in Folge erwirtschaftete Primärüberschuss beträgt 1,5 Prozent. Ein drittes Hilfspaket sei nicht nötig. Von nun an will die Regierung ihren Kreditbedarf wieder vollständig am Kapitalmarkt decken. 15 Monate früher als geplant will sie sogar das Hilfsprogramm des IWF beenden. Samaras drängt auf ein Ende der Auflagen, der Kontrollen und der Bevormundung durch die beim Volk verhasste

Troika. Derzeit verhandelt man über eine vorsorgliche Kreditlinie, eine Art Sicherheitsnetz, das das Land beim Übergang vor Turbulenzen sichern soll. Samaras' Befreiungsschlag zielt vor allem auf eines: sein politisches Überleben.

Nach kaum zwei Jahren im Amt steht der Ministerpräsident möglicherweise vor dem Aus. Alexis Tsipras, Chef der größten Oppositionspartei, der radikallinken Syriza, sitzt Samaras im Nacken und treibt ihn vor sich her. Den Vollstrecker der Troika nennt er ihn. Tsipras, Volksheld und Bürgerschreck, drängt unentwegt auf Neuwahlen. Er läuft Sturm gegen die Sparpolitik, die Reformen, die Rückzahlung der Schulden. Er verspricht, die Mindestlöhne wieder zu erhöhen, Rentenkürzungen rückgängig zu machen, gestrichene Sozialleistungen wieder zu gewähren und Zehntausende entlassene Staatsdiener wieder einzustellen. Man fühle sich an keinerlei Vereinbarungen mit den internationalen Geldgebern gebunden, sagt der Oppositionsführer. Letzten Umfragen zufolge liegt sein Linksbündnis in der Wählergunst satte sechs Punkte vor der konservativen Nea Dimokratia von Samaras. Ein historischer Vorsprung. Und ein Alptraum für Samaras und die Troika: Übernimmt Tsipras die Regierung, erbeben die Euro-Zone und die Finanzmärkte.

## Eine Regierung Tsipras würde Euro-Zone und Finanzmärkte erschüttern

### Mit den Zahlen spielen

Die Chancen für einen vorzeitigen Machtwechsel stehen gut. Die Wahl eines neuen Staatspräsidenten steht bevor. Gewählt wird er vom Parlament. Dazu ist eine qualifizierte Mehrheit von 180 Stimmen notwendig. Die Regierungskoalition verfügt über eine knappe Mehrheit von 155 Abgeordneten im 300-Sitz-Parlament. Scheitert die Präsidentschaftswahl, muss das Parlament aufgelöst und neu gewählt werden. Die ursprünglich für den Februar vorgesehene Wahl wurde kurzerhand auf Dezember vorverlegt. So solle „die politische Stabilität wiederhergestellt werden“, erklärte die Regierung. Tsipras, ganz im Aufwärtswind, wird alles daran setzen, Neuwahlen zu erzwingen. Und Samaras alles dafür tun, die fehlenden 25 Stimmen herbeizuschaffen. Dazu muss er Zuversicht verbreiten, bei den Geldgebern, der Troika, den Investoren, vor allem aber bei den Wählern und den Abgeordneten im Parlament. Erfolge müssen her. Und der größte Erfolg wäre, die Troika endlich abzuschütteln, wieder auf eigenen Füßen zu stehen. Wie Irland, Portugal und Spanien. Aber wie realistisch ist die Kunde vom erstarkten Griechenland?

Jede Menge Prognosen, Analysen und Statistiken kursieren. Zahlenspiele, deren Ergebnisse davon abhängen, wie und womit man sie füttert und was man damit politisch und wirtschaftlich bezweckt. Das Bruttoinlandsprodukt werde 2015 um 2,9 Prozent zulegen, erklärte Finanzstaatssekretär Christos Staikouras. Der Haushaltsentwurf für 2015 ist nahezu ausgeglichen, meint die Regierung. Die Troika dagegen sieht noch eine Lücke von 2,5 Milliarden Euro und besteht auf weitere Kürzungen, was die Regierung aus Sorge vor politischer Destabilisierung ablehnt. Das Defizit wurde in fünf Jahren um 12,5 Prozent des BIP reduziert. Griechenland wird voraussichtlich sogar das 3-Prozent-Maastricht-Kriterium unterschreiten. Wachstumsmotor war der boomende Tourismus mit Rekord-

besucherzahlen und -einnahmen. Auch der Sparkurs greift. In fünf Jahren wurden über 370 000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen. Nur jede fünfte durch Pensionierung frei werdende Stelle wurde neu besetzt. Die Verwaltung wurde verschlankt, reformiert und sogar ein Bewertungssystem eingeführt. Effizient und wirtschaftsfreundlich ist sie aber noch lange nicht. In keinem anderen EU-Land ist die Unternehmensgründung so zeitraubend und kompliziert.

### Ein paar Gerüchte, und schon ist die Rückkehr an die Märkte in Gefahr

Ein großer Wurf war die Platzierung griechischer Staatsanleihen auf dem Finanzmarkt. Gut sechs Milliarden Euro füllten die Kassen. Doch der Erfolg hängt eher mit der vergemeinschafteten Haftung und der Entschlossenheit des EZB-Chefs Mario Draghi zusammen, Griechenland im Euro-Raum zu halten. Die Haushaltslage und der noch immer desaströse Zustand der Wirtschaft spielten für die Investoren keine Rolle. Ob die Rückkehr an den Markt dauerhaft geglückt ist, muss bezweifelt werden.

Zu welchen Konditionen wird sich Griechenland künftig refinanzieren, wenn es nicht mehr unter der Aufsicht der Troika steht und der ohnehin nicht ausgeprägte Reformwille durch den Willen zum Machterhalt erlahmt? Der Finanzbedarf für die kommenden zwei Jahre beläuft sich auf 30 Milliarden Euro.

240 Milliarden Euro an Notkrediten flossen bisher ins Land. Noch immer ist der Schuldenberg von 318 Milliarden Euro riesig und vermutlich ohne einen weiteren Schuldenschnitt nicht abzubauen. Was bedeutet da ein Primärüberschuss von rund zwei Milliarden Euro, bei dem die reale Zinslast unberücksichtigt bleibt? Und wie soll die Arbeitslosenquote von 27 Prozent gesenkt werden, wenn seit Beginn der Krise 230 000 Firmen pleite gegangen sind und es an Investoren weiter mangelt? Griechenlands Ökonomie ist traditionell auf Landwirtschaft, Nahrungsmittel und Tourismus ausgerichtet und wenig innovativ. Sie ist geprägt durch kleine und mittelständische Betriebe des verarbeitenden Gewerbes. Wie instabil die Lage ist, zeigten Kursstürze an der Athener Börse und der Aufschlag der Renditen für griechische Staatsanleihen. Ein paar Gerüchte um vorzeitige Neuwahlen, Meinungsumfragen sowie die Ankündigung, aus dem Rettungsprogramm auszusteigen, und schon steht die glorreiche Rückkehr an die Märkte auf wackeligen Beinen. Nach der Bekanntgabe, die Wahl des Staatspräsidenten auf Dezember vorzuziehen, stürzte der griechische Bankenindex umgehend um mehr als 15 Prozent ab. Der Patient ist noch lange nicht genesen.

### Tickende Bomben

Der Reformstau ist gewaltig. Die Privatisierungen kommen kaum voran; die versprochene Öffnung so genannter geschützter Berufe, darunter Architekten, Ingenieure, Anwälte, Notare, läuft ebenso schleppend; die von der Troika geforderten Arbeitsmarktreformen haben kaum eine Chance auf Umsetzung und die Steuerhinterziehung blüht, trotz zahlreicher Sonderbehörden. Obendrein tickt, leise und verborgen, so manche Bombe. Immer weniger Beschäftigte müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Eine ungünstige Bevölkerungsentwicklung, fallende Löhne und Gehälter, wachsende Schwarzarbeit und hohe Arbeitslosigkeit reißen Milliardenlöcher in die ohnehin schon klammen Sozial-

kassen. Viele Firmen und Freiberufler zahlen seit Jahren keine Versicherungsbeiträge mehr. Auf 20 Milliarden Euro belaufen sich die Fehlbeträge. Hinzu kommt der Ansturm auf die Frührente. Aus Angst vor weiteren Kürzungen der Efpax, einer zusätzlich zur Rente einmalig ausgezahlten Berufsprämie, beantragen immer mehr 50-Jährige den vorzeitigen Ruhestand.

Ebenfalls explosiv ist die Schuldenlast. Staat, Parteien, Unternehmen, Banken, Bürger, Vereine, alle stehen in der Kreide, nur der Kirche geht es gut. Ein Drittel der Bevölkerung kann seine Steuern und Versicherungen nicht bezahlen oder gibt vor, es nicht tun zu können. Umgekehrt begleicht der Staat seine Rechnungen nicht, seinen Bürgern schuldet er Rentengelder und unrechtmäßig erhobene Steuern. In den vergangenen fünf Jahren haben sich ausstehende Steuerbeträge auf schwindelerregende 90 Milliarden Euro angehäuft – fast ein Drittel der gesamten Staatsverschuldung. Was wiederum mit den Einkommensverlusten zusammenhängt, höheren Steuern, immer neuen Abgaben und dem ineffizienten Verwaltungsapparat.

Niemand fühlt sich verantwortlich für den Zustand der öffentlichen Finanzen. Die meisten Bürger neigen zur Schizophrenie. Sie trennen klar zwischen Staatsschulden und den eigenen, obgleich sie einen großen Teil ihres Wohlstands einer jahrzehntelangen Steuerhinterziehung verdanken. Eine angemessene und korrekte Besteuerung hat es nie gegeben, geschweige denn ernst zu nehmende Steuerkontrollen. Daher auch der derzeitige Aufschrei und die moralische Empörung über jede Steuererhöhung, auch wenn so manche die Falschen trifft.

Und das staatliche Haushaltsdefizit? Ist nach wie vor an jeder Ecke zu besichtigen. Mit dem Wissen der Regierung wurde es in Beton gegossen und zieht sich in Gestalt Hunderttausender Ferienhäuser über ganz Griechenland. In der einstigen Agrargesellschaft, in der nahezu jeder ein Haus und einen Acker besitzt, gilt es bis heute als selbstverständlich, Immobilien am besten nicht zu besteuern – Haus und Boden sind heilig und wie die Taufe Teil der Selbstdefinition. Für nackte Panik in der Bevölkerung sorgte die Forderung der Troika, auch Erstwohnungen zu pfänden, wenn Kredite nicht bedient werden können. Umgehend forderten 15 Parlamentarier die Verschiebung des Gesetzes um ein weiteres Jahr – und damit vermutlich auf den Sankt Nimmerleinstag. Geschätzte 170 000 Häuser und Wohnungen kämen andernfalls unter den Hammer.

Was Griechenland braucht, um auf eigenen Füßen zu stehen, sind weder ein Primärüberschuss noch die Lockerung des Kündigungsschutzes. Das Land braucht den Willen und die Einsicht, sich von alten Praktiken und Gewohnheitsrechten zu verabschieden. Ohne einen Wandel in der mit Hybris durchsetzten Geisteshaltung bleibt Griechenland, was es ist: ein von Abertausenden Einzelinteressen geformter Staat, der permanent am Abgrund steht. Solange Bürger und Politiker wie verzogene Kinder auf Vorteile und Privilegien pochen und in ihrem Innersten davon überzeugt sind, Europa, ja die ganze Welt schulde ihnen ewigen Dank für die Erfindung der Zivilisation, solange wird es mit dem kleinen Land auf dem Balkan stets einen Schritt vorwärts gehen und zwei zurück.

Richard Fraunberger lebt seit 2001 in Griechenland und schreibt u.a. für ZEIT, SZ, GEO und Mare.

**Eine angemessene und kontrollierte Besteuerung hat es nie gegeben**





## Mentalität des Eigennutzes

Warum Italien einen grundlegenden Wandel braucht

---

Andrea Affaticati | Knapp und nur unter Vorbehalt hat die EU Italiens Stabilitätspakt und das Haushaltsgesetz für 2015 abgesegnet. Und das, obwohl die Neuverschuldung 2015 nur um 0,3 Prozent (statt der vorgeschriebenen 0,5 Prozent) auf dann 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken wird und die Gesamtverschuldung unter Regierungschef Matteo Renzi ein Rekordhoch von 2166,3 Milliarden Euro (133 Prozent des BIP) erreicht hat.

Offenbar vertraut Brüssel darauf, dass es Italien ernst ist mit seinen ehrgeizigen Reformplänen. Dazu gehört auch das Versprechen von Wirtschaftsminister Pier Carlo Padoan, den Privatisierungsfahrplan beschleunigt umzusetzen. Zum Verkauf (oder Teilverkauf) stehen die Großunternehmen Enel (Energie), Poste Italiane (Post), Ferrovie dello Stato (Bahn), Sace (Versicherungs- und Finanzsektor) und Enav (für die Flugsicherung verantwortlich). Der Verkauf soll 15 Milliarden Euro in die Kassen des Staates bringen. Um die Wirtschaft anzukurbeln, sieht der Stabilitätspakt Steuerermäßigungen für Bürger und Unternehmen in einem Umfang von 18 Milliarden Euro vor; hinzu kommt eine Gewerbesteuer senkung in einem Umfang von rund 6,5 Milliarden Euro.

### Renzis Rosskur

Doch noch stehen die wirtschaftlichen Parameter in Italien auf Schlechtwetter. Geradezu sinnbildlich mutet es an, dass im November starke Unwetter und Dauerregen besonders über Nord- und Mittelitalien niedergegangen sind, die Menschenleben gefordert und Schäden in Millionenhöhe verursacht haben. Sogar in Mailand, Italiens Effizienzmetropole, standen ganze Stadtviertel unter Wasser.

Und das ist nicht nur symbolisch zu verstehen. An Wirtschaftsplanung und Wachstumsstrategien habe es in Italien in den vergangenen Jahrzehnten eklatant gemangelt, schreibt etwa der Politikwissenschaftler Ernesto Galli della Loggia im *Corriere della Sera*. Vorherrschend sei eine Klientelwirtschaft gewesen, an der sich kaum jemand gestört habe, weil jeder seine Vorteile daraus gezogen habe. Als Paradebeispiel nennt Galli della Loggia Ligurien, wo von einer nachhaltigen Bebauung keine Rede sein könne. Unzählige Olivenhaine mussten den Ferienhäusern weichen, was die Erdrutschgefahr um ein Vielfaches erhöhte. „Wer Italiens Krise verstehen und anpacken will“, folgert Galli della Loggia „der muss bei der Gesellschaft anfangen. Denn die Wirtschaftsmisere ist zweifelsohne eine Folge dieser Mentalität des Eigennutzes.“

Eine Mentalität, deren Bekämpfung sich Matteo Renzi, seit Februar 2014 Italiens Regierungschef, vorgenommen hat. Seine Reformliste ist lang. Neben den Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums genießen dabei institutionelle Reformen oberste Priorität: Wahlrecht, Umstrukturierung des Zweikammersystems, Wahl des Staatsoberhauptes, Staatsschulden- und Bürokratieabbau.

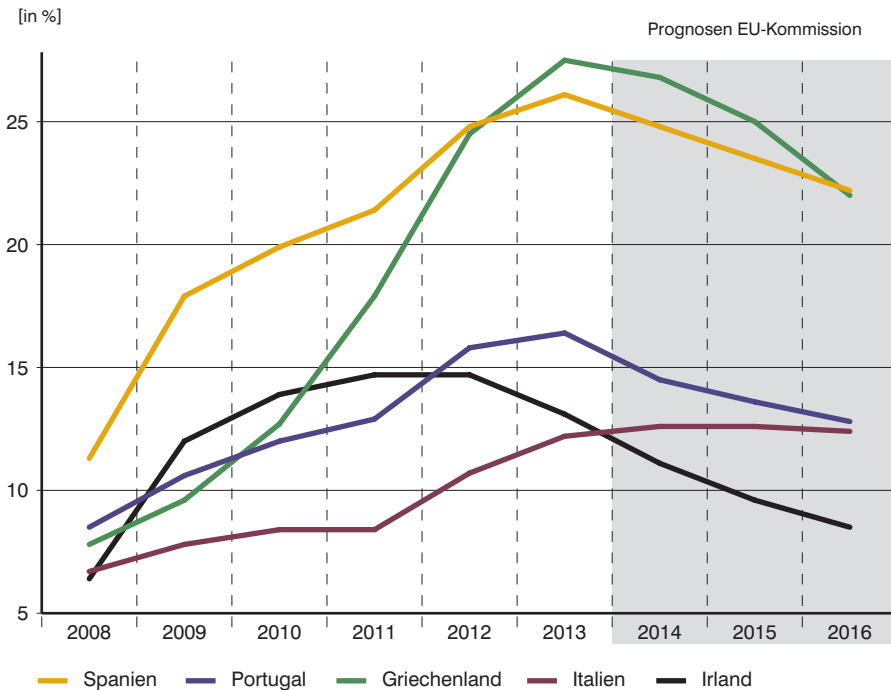
Eigentlich wollte Renzi seine Rosskur schon in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit durchziehen. Die Wahlrechtsreform, auch „Italicum“ genannt, die endlich wieder handlungsfähige Regierungen garantieren soll, sollte noch vor der Europawahl im Mai 2014 verabschiedet sein, doch daraus wurde nichts. Aus einer 100 Tage- wurde eine 1000 Tage-Frist, von deren Einhaltung nun Renzis politische Karriere abhängt: Gelingt es ihm nicht, sein Land bis Ende Mai 2017 auf einen stabilen Wachstumskurs zu bringen, dann will der Premier zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 2018 gar nicht erst antreten.

Nicht nur Renzi selbst hat es eilig, seine Reformen voranzutreiben, auch die Koalitionspartner von der konservativen Nuovo Centrodestra und der liberalen Scelta Civica machen mittlerweile Druck: Denn je schneller die Reformen greifen, desto größer ist auch ihre Chance, bei den Wahlen 2018 den Regierungsbonus zu kassieren.

Wenig Interesse an vorgezogenen Wahlen hat auch die Opposition von Silvio Berlusconi's Forza Italia bis zur 5-Sterne-Bewegung Beppe Grillos. Denn das Vertrauen der Italiener in die Politik ist nach vier Jahren Rezession, einer Arbeitslosenquote von 13 Prozent (insgesamt) bzw. 43 Prozent (bei der Jugend) und einem der höchsten Steuer- und Sozialabgabensätze weltweit (55 Prozent des BIP) am Ende: Bei den Regionalwahlen im November in der Emilia Romagna und in Kalabrien lag die Wahlbeteiligung bei unter 50 Prozent.

Arbeitslosenquote

IP<sub>|01|02|15</sub>



Quelle: Eurostat, EU-Kommission (Prognosen)

Wenn nun die Opposition aus schnödem Kalkül auf Neuwahlen dränge, dürften sich die Wähler eher um Renzi scharen – auch wenn sein Stern in der Wählergunst zu sinken beginnt (derzeit liegen seine Umfragewerte knapp unter 50 Prozent). Hinzu kommt, dass die 5-Sterne-Bewegung sich immer mehr selbst zerlegt und ihren Zenith längst überschritten hat.

All das soll aber nicht heißen, dass das Gemeinwohl jetzt unbedingt höchste Priorität genösse. Auch nicht beim Partito Democratico (PD). Dem linken Flügel der Sozialdemokraten behagen die Reformen gar nicht. Und die alte Garde, allen voran Massimo D'Alema, verzeiht Renzi nicht, sie aus der politischen Arena herauskomplimentiert zu haben.

### Verlorene Reformen

Eine ideale Angriffsfläche für alle Gegner Renzis innerhalb und außerhalb des Partito Democratico bildet der „Patto del Nazareno“. Benannt ist der Pakt nach dem ersten Treffen zwischen Matteo Renzi und Silvio Berlusconi am 18. Januar 2014 im Hauptquartier der Sozialdemokraten, am Largo del Nazareno. Von

Um die Reformen durchzubekommen, braucht man Berlusconi

einem historischen Treffen schrieben die Medien – es war das erste Aufeinandertreffen des „Cavaliere“ mit seinem Erzfeind. Diskutiert habe man, so hieß es offiziell, über das „Italicum“, die Reform des Senats und die Wahl des Staatsoberhauptes. Details wurden aber nie preisgegeben, und so brodelt die Gerüchteküche bis heute. Im Mittelpunkt des

Interesses stand die Frage, welche Zugeständnisse am Largo del Nazareno ausgehandelt wurden. Einige der Reformen wären ohne eine Zweidrittelmehrheit im Parlament nicht durchzubekommen – was soviel bedeutet, dass ohne die größte Oppositionspartei, also ohne Berlusconi, nichts geht.

Der „Patto del Nazareno“ ist mittlerweile zum geflügelten Wort geworden, dem sich Zeitungen und Talkshows mit einer Hingabe widmen, die man bei den Diskussionen über den konkreten Inhalt der Reformen vermisst. Warum dem so ist, ist rasch erklärt: mit dem Schlagwort des „Patto“ können die Lager einander in Schach halten – gerade weil niemand weiß, was genau er beinhaltet.

Für den Normalbürger sind diese Spekulationen nur ein Beweis mehr, wie abgehoben vom Alltag Politiker und Meinungsmacher mittlerweile sind. Von den eigentlichen Reformen bleiben in diesem Durcheinander der gegenseitigen Anschuldigungen am Ende oft nur die phantasievollen Namen hängen: „Italicum“ (Wahlrecht), „Consultellum“ (Senat) und „Jobs Act“ (Arbeitsmarkt). Wann sie in Kraft treten werden, kann derzeit niemand sagen. Schon sprechen Experten wie der Verfassungsjurist Michele Ainis von „verirrten Reformen“.

So wurde etwa die Wahlrechtsreform, das „Italicum“, Mitte März 2014 in erster Abstimmung von der Abgeordnetenkammer verabschiedet, ruht aber seitdem in den Schubladen des Senats. Die Verfassungsreform mit der Umwandlung des Senats in eine Kammer der Regionen hatte Renzi für den Mai versprochen, dann auf Juni verschoben. Am 8. August wurde sie vom Senat verabschiedet. Auch sie ruht, mittlerweile mit 300 Änderungsvorschlägen versehen, in der Abgeordnetenkammer. Eigentlich hätte sie bis Jahresende unter Dach und Fach

sein sollen, doch dagegen hatten Beppe Grillos 5-Sterne-Bewegung und Berlusconi Forza Italia etwas: Sie wollen zuerst die Wahlrechtsreform verabschiedet sehen. Zügig durchgebracht wurde eigentlich nur die Arbeitsmarktreform.

Wofür Renzi politisch überhaupt steht, ist derweil eine der meist diskutierten Fragen in Italien. Für die Arbeitsmarktreform, die in den ersten drei Beschäftigungsjahren eine Lockerung des Arbeitsschutzes vorsieht und die Arbeitgeber in dieser Zeit von den Sozial-

**Renzis Credo: Italien ist ungerecht, weil es ineffizient ist**

abgaben befreit, bekam er weit mehr Applaus von Berlusconi Lager als vom eigenen – von den Gewerkschaften einmal ganz zu schweigen. Mit der CGIL, dem größten Arbeiterverband, ging Renzi bald auf Konfrontationskurs, mit seiner Vorsitzenden Susanna Camusso befindet er sich im Dauerclinch. Schon im November mobilisierte die CGIL Hunderttausende zu einer Protestkundgebung gegen die Reform.

Dass sich der Premier davon nicht beirren ließ, mag auch damit zu tun haben, dass Italiens Gewerkschaften mittlerweile eine ziemlich dankbare Zielscheibe geworden sind, wie der Politologe Ilvo Diamanti feststellt. Nur jeder vierte Arbeiter vertraut ihnen noch. Eher ist man geneigt, Renzi und seinem sozialliberalen Credo einen Vertrauensvorschuss zu gewähren. Ein Credo, das darauf fußt, dass es ohne Effizienz keine Gerechtigkeit geben könne: Italien sei ungerecht, weil es ineffizient sei – nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich.

Auch der italienische Wirtschaftsprofessor Tito Boeri will Renzi noch etwas Vertrauen schenken, stellt aber gleichzeitig fest: „Renzi ist wie ein Hochschullehrer, der an vielen Arbeitspapieren schreibt, aber noch keine Publikation vorzuweisen hat. Mit Arbeitspapieren kann man Zeitungen füllen – doch internationales Renommee erlangt man damit nicht.“

Andrea Affaticati arbeitet als freie Journalistin u.a. für Il Foglio in Mailand.



## Die Kosten der Konsolidierung

In Spanien ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in Gefahr

Ariadna Trillas | Die Regierung des spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy präsentiert sich derzeit gern als Musterschüler des in der Wirtschaftsflaute stagnierenden Euro-Raums. Und von einem strikt makroökonomischen Blickwinkel aus ist auch in der Tat nicht zu leugnen, dass sich die Lage in Spanien zuletzt verbessert hat.

Nachdem seit 2008 eine Rezession auf die nächste gefolgt war, hat die spanische Zentralbank bestätigt, dass das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal des Jahres 2014 um 0,5 Prozent gewachsen ist (1,6 Prozent im Jahresvergleich) – und es ist nicht auszuschließen, dass sich dieses Wachstum in den kommenden Monaten noch fortsetzt.

**Die Arbeitslosenrate  
wird wohl weiterhin bei  
über 20 Prozent liegen**

Die Regierung und viele Ökonomen beteuern, dass die Strategie der „inneren Abwertung“, also des Senkens der Preise und Löhne, aufgehe. Doch laut einer Analyse des spanischen Sparkassenverbands Funcas lief diese innere Abwertung eben nicht über wettbewerbsfähigere Preise, sondern ausschließlich über sinkende Löhne und Gehälter. Und so ist die Zahl der Kritiker groß, die schwerwiegende soziale Verwerfungen im Gefolge der Krisenbewältigung befürchten. Keine internationale Institution sagt Spanien für die kommenden drei Jahre eine Arbeitslosenrate von weniger als 20 Prozent vorher. Die hohe Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt sich, die Armutsrate liegt nach den EU-Definitionskriterien bei 28,2 Prozent. Der Lohn von Zeitarbeitern ist um 20 Prozent gefallen, während jener der Festangestellten um 5 Prozent gesunken ist.

Überhaupt belastet die Dualität des Arbeitsmarkts die wirtschaftliche Produktivität: Einer schrumpfenden Zahl von Festangestellten steht ein wachsendes Heer leicht kündbarer Zeitarbeiter gegenüber. Der Zahlungsverzug ist auf ein Rekordhoch von 13 Prozent gestiegen. Und laut Gini-Index weist Spanien die höchste Zunahme der Ungleichheit in Europa während der Krise auf: Sie ist von 31,3 auf einen Wert von 34 geklettert, im Vergleich zur Steigerung von 30,6 auf 30,7 im EU-Durchschnitt.

Die Konjunkturflaute der europäischen Märkte sei für Spanien der Dolchstoß, der den Aufwärtstrend bremsen könnte, warnt die spanische Zentralbank. Auch die Inlandsnachfrage, die 60 Prozent des BIP ausmacht, hat nicht genug Zugkraft. Die Gewerkschaften fordern eine Verbesserung der Kaufkraft, und selbst die Arbeitgebervereinigung verzichtet darauf, einer weiteren Senkung der Gehälter das Wort zu reden.

**Auf tönernen Füßen**

Noch immer leidet Spanien unter den Folgen der doppelten Finanz- und Immobilienblase, die sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gebildet und mit der Einführung des Euro weiter verschärft hatte. Auf dieser Blase basierte ein Jahrzehnt des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Euphorie, die, wie sich herausstellte, wenig gerechtfertigt war.

In Zeiten dieses „Wirtschaftswunders“ wuchs Spaniens Ökonomie Jahr für Jahr durchschnittlich zwischen 3 und 4 Prozent, allerdings erreichte auch der jährliche Zuwachs des Kreditvolumens je nach Lesart zwischen 20 und 40 Prozent. Der Anteil des Bausektors am Bruttoinlandsprodukt wuchs von 12 Prozent im Jahr 1998 auf über 17 Prozent 2007. In Spanien wurden zeitweise bis zu 800 000 Wohnungen pro Jahr gebaut – so viele wie in Frankreich, Deutschland und Großbritannien zusammen. Dieser Boom, von der Steuerpolitik der damaligen Regierung begünstigt, lockte Einwanderer ins Land, die in der Baubranche Beschäftigung fanden. Viele Jugendliche brachen ihr Studium ab, um im Bausektor schnelles Geld zu machen.

Allerdings verfügte Spanien gar nicht über die finanziellen Mittel, um die Kosten für diese enormen Konsum- und Investitionszyklen zu tragen. Der

Ursprung der Blase war ihre Finanzierung über Kredite aus dem Ausland, und die schufen ein erhebliches Leistungsbilanzdefizit: 2007 entsprach es 10 Prozent des BIP.

Der Regierungschef, in dessen Händen die Krise letztlich explodieren sollte, der Sozialist José Luis Rodríguez Zapatero, behauptete noch im September 2008, das spanische Finanzsystem sei das stabilste der Welt. Tatsächlich hatte die Staatsverschuldung noch 2006 bei unter 37 Prozent des BIP gelegen – weit unter dem von der EU geforderten Maximalwert von 60 Prozent. Es gab kein Haushaltsdefizit, der Überschuss betrug 2006 2,4 Prozent. Binnen kürzester Zeit gerieten die Staatsfinanzen dann außer Kontrolle. Das Haushaltsdefizit stieg 2009 auf bis dahin unvorstellbare 11,1 Prozent, die Staatsverschuldung verdoppelte sich in der ersten Krisenphase. Sie ist seitdem stetig gewachsen und liegt heute bei fast 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

**Für Zapatero war das spanische Finanzsystem das stabilste der Welt**

Das große Problem war die enorme private Verschuldung – von Familien, Unternehmen und Banken. Durch die Intervention des öffentlichen Sektors wurde daraus ein Staatsverschuldungsproblem. An diesem Punkt setzte ein doppelter Druck ein: Die internationalen Finanzmärkte trieben die Risikoprämie in die Höhe, und die EU forderte Sparmaßnahmen von der Regierung.

Dies zwang die sozialistische Regierung in Madrid am 9. Mai 2010 zu einer 180-Grad-Wende. Zapatero überschritt dabei gleich mehrere seiner „roten Linien“: Er kündigte Ausgabenkürzungen von 15 Milliarden Euro an, das Einfrieren der Renten, die Senkung öffentlicher Gehälter, das Aussetzen der Unterstützungsleistungen zugunsten von Familien wie beispielsweise der so genannten „Baby-Schecks“, die Aufhebung der rückwirkenden Anwendung der Unterstützungshilfen für pflegebedürftige Menschen, die Erhöhung der privaten Zuzahlungen für Arzneimittel und Ausgabenkürzungen in Bereichen wie der Entwicklungshilfe oder der öffentlichen Investitionen.

### **Bitterer Rekord**

Es erschien zu jenem Zeitpunkt wichtiger, die Märkte mit ihren Forderungen nach Risikoprämien zu beruhigen, als das Wachstum anzukurbeln. Die Arbeitslosenquote schnellte von 9,6 Prozent auf 27,2 Prozent hoch und wurde zum gravierendsten Problem des Landes. Dieser bittere Rekord wurde im ersten Quartal 2013 erreicht – allen Sparmaßnahmen zum Trotz. Zu diesem Zeitpunkt war die neu gewählte konservative Regierung schon 17 Monate im Amt und fest entschlossen, den Weg der inneren Abwertung weiterzugehen.

Das Maßnahmenpaket umfasste neben früheren Tabuthemen wie der Erhöhung der Einkommen- und Mehrwertsteuer verschiedene Reformen: des Arbeitsmarkts (höhere Flexibilität, einfachere Kündigungen, Vorrang für die Rechte der Unternehmen), der Renten (höheres Renteneintrittsalter, Entkopplung der Renten- von der Preisentwicklung) und des Finanzsektors.

Alle Finanzanalysten stimmen in ihren Einschätzungen darin überein, dass nicht etwa die Sparpolitik zur Wende in der Euro-Krise führte, sondern

**Auch die EU-Kommission  
fordert mehr als  
Ausgabenkürzungen**

die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi im Sommer 2012, „alles Nötige“ („whatever it takes“) für die Euro-Rettung zu tun. Zu jenem Zeitpunkt war die Krise von Bankia, der Bank, die aus der Fusion der ehemaligen Caja Madrid mit verschiedenen kleineren Instituten hervorgegangen war, bereits voll ausgebrochen. Schnell war klar, dass statt der ursprünglich geplanten 19 schließlich sogar 24 Milliarden Euro benötigt würden. Spanien sah sich somit unweigerlich vor die Notwendigkeit gestellt, die Hilfe eines Rettungsprogramms in Anspruch zu nehmen. Es wurde freilich stets vermieden, es auch als ein solches zu bezeichnen; vielmehr handele es sich um ein Darlehen in Höhe von 100 Milliarden Euro zu guten Konditionen.

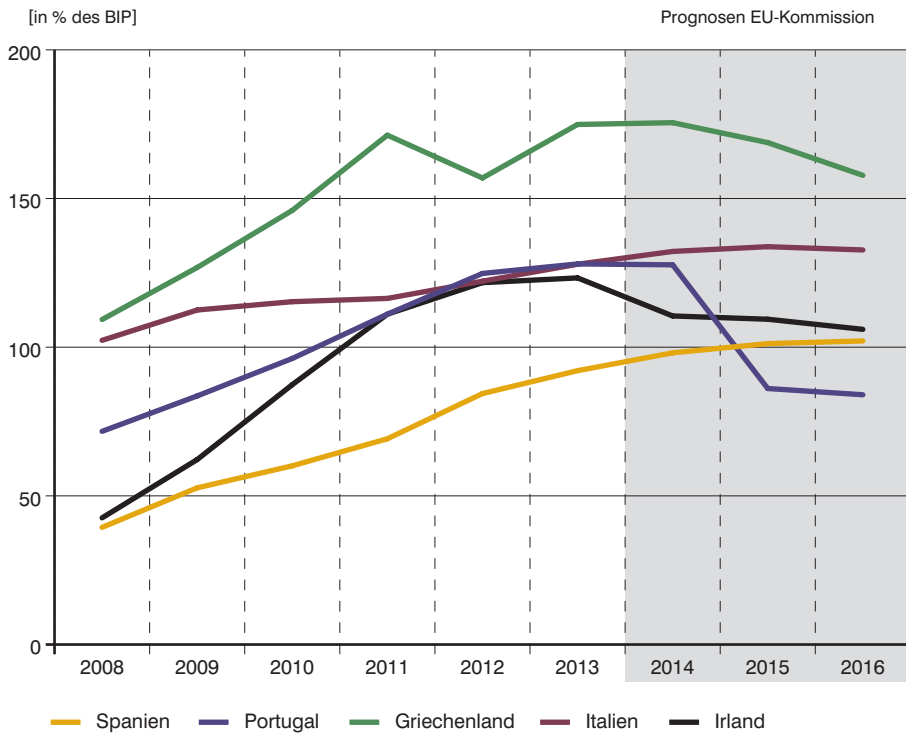
**Neues Wirtschaftsmodell gesucht**

Heute betont selbst die Europäische Kommission, Verfechterin einer strikten Austeritätspolitik, dass neben Ausgabenkürzungen auch andere Reformen notwendig sind, außerdem expansive Finanzpolitiken vonseiten jener Länder, die dazu in der Lage sind – wie etwa Deutschland, Finnland und Österreich. Zudem müsse dies durch eine solide und aktive Beschäftigungspolitik ergänzt werden.

Zugleich führt die jetzt scheinbar gestoppte Talfahrt der Wirtschaft Madrid vor Augen, wie beschränkt die eigenen Handlungsmöglichkeiten sind. „Ein nur auf Spanien begrenztes Konjunkturprogramm würde das Zahlungsbilanzdefizit erhöhen“, betonte José Carlos Díez, Wirtschaftsprofessor an der Universität von Alcalá Ende November in der Tageszeitung *El País*. „Natürlich müssen wir Konjunkturpakete schnüren, und natürlich ist es an der Zeit, die Staatsschulden zu restrukturieren und zu vergemeinschaften, aber dies muss mit Euro-Bonds und in Zusammenarbeit mit der EZB passieren.“

Der Steuerbetrug, der laut einer Studie der Wirtschaftswissenschaftler Santos Ruesga und Domingo Carbajo von der Universidad Autónoma de Madrid (UAM) nicht weniger als 8 Prozent des BIP ausmacht und für den laut der Gewerkschaft der Finanzbeamten Gestha in 70 Prozent der Fälle große Unternehmen oder Privatpersonen mit umfangreichen Vermögen verantwortlich sind, ist in der Krise schlimmer geworden. In einem verzweifelten Versuch, die Staatseinnahmen zu steigern, hat die Regierung eine Steueramnestie verabschiedet, die sich auf die Einnahmenseite aber kaum ausgewirkt hat. Umso größer ist die gesellschaftliche Empörung über immer neue Korruptionsfälle, in die führende Unternehmer und Politiker verwickelt sind.

„Wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt weiterhin von der Sparpolitik und der Haushaltskonsolidierung beschädigt wird, kann das im Ergebnis dazu führen, dass die Grundlagen eines demokratischen und sozialen Spaniens untergraben werden“, warnen José Moisés Martín Carretero und Alberto del Pozo, Vertreter der Initiative Economistas Frente a la Crisis in der von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichten Fallstudie „Social Cohesion and the State in Times of Austerity“.



Selbst die Befürworter der Arbeitsmarktreformen von 2012 räumen ein, dass der Moment, in dem sie umgesetzt wurden – inmitten der Rezession –, unumgänglich dazu führen musste, dass die Arbeitslosigkeit rapide stieg. Viele plädieren wie Alfredo Pastor, ehemals Staatssekretär und heute Professor an der IESE Business School der Universität Navarra, für eine Restrukturierung der Staatsschulden. Dies müsse nicht notwendigerweise einen Schuldenerlass bedeuten, es ließe sich auch über einen Rückzahlungsaufschub diskutieren. Durch die Sparmaßnahmen und die beispiellosen Reformen, so Pastor, verfüge Spanien heute über ausreichend Glaubwürdigkeit, um seinen Gläubigern einen solchen Vorschlag zu präsentieren.

Auf längere Sicht, darin sind sich alle Ökonomen einig, braucht Spanien ein neues Wirtschaftsmodell – eins, in dem Industriezweige und Dienstleistungen, die einen hohen Mehrwert erwirtschaften, gegenüber dem Baugewerbe und dem Tourismus an Bedeutung gewinnen. Und doch schielen alle mit heimlicher Vorfreude auf einen neuerlichen Aufschwung des Immobiliensektors ...

Ariadna Trillas schreibt für die spanische Zeitschrift „Alternativas Económicas“ in Madrid.





## Unter Palmen, aber fern vom Paradies

Portugals Weg aus der Krise bleibt beschwerlich

---

Thomas Fischer | Gäbe es einen Preis für politisches Understatement, Portugals Ministerpräsident Pedro Passos Coelho hätte sich für 2014 wohl als Kandidat in Stellung gebracht. „Wir haben nicht das Paradies erreicht“, erklärte er im September bei einer Medienkonferenz in Athen an der Seite seines griechischen Amtskollegen Antonis Samaras. „Wir wissen, dass wir einen langen Weg vor uns haben, aber wir können auf eigenen Füßen stehen und selbst entscheiden, was am besten ist.“

Im Zuge der Finanzkrise hatten Portugal wie auch Irland und Griechenland externe Hilfe erhalten. Drei Jahre lang stand das Land unter der Ägide der Troika, die Lissabon im Mai 2011 unter rigorosen Auflagen einen Notkredit von 78 Milliarden Euro eingeräumt hatte. Als im Mai 2014 das dreijährige Hilfsprogramm auslief, sprach Vizepremierminister Paulo Portas vom „Ende des Protektorats“. In dem Land, das eine harte dreijährige Rezession hinter sich hat, steht indes nicht alles zum Besten.

### Soziale Pannenhilfe

Für das Land und seine Hauptstadt Lissabon war 2014 ein touristisches Rekordjahr. In der paradiesisch anmutenden Metropole am Tejo mit ihren von Palmen gesäumten Promenaden sind die Probleme aber nicht ganz zu übersehen. Während sich betuchte Chinesen, Angolaner und Russen in exklusiven Geschäften an der noblen Avenida da Liberdade mit sündhaft teurer Kleidung eindecken, stehen in Wohnquartieren viele Läden leer. An einem kleinen Platz im touristischen Zentrum bilden sich abends Menschengruppen vor einem Kombi, der rollenden Suppenküche einer Hilfsorganisation. „Soziale Pannenhelfer“ in leuchtend grünen Westen geben Essen aus. Solche Hilfe war schon früher nötig, der Bedarf hat sich aber erhöht.

Portugal blickte bereits auf ein „verlorenes Jahrzehnt“ mit schwachem Wachstum und zu hohen Haushaltsdefiziten zurück, als sich die Regierung im April 2011 zur Flucht unter den Euro-Rettungsschirm durchrang. Mit einer vorzeitigen Parlamentswahl am Horizont handelte die sozialistische Regierung von Ministerpräsident José Sócrates noch das Hilfsprogramm mit der Troika aus. Auf dieses Programm schworen, wie von der Troika verlangt, auch die beiden Parteien der jetzigen, seit Juni 2011 regierenden bürgerlichen Koalition von Passos Coelho, der die Umsetzung oblag.

Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF verordnete Portugal eine harte Kur für die Staatsfinanzen sowie Privatisierungen und, im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit, umfangreiche „Strukturreformen“. Ihre Palette reichte von Personalabbau im Staatsdienst über eine Revision des Arbeitsrechts, eine Lockerung des Mieterschutzes und Einschnitte im sozialen Netz bis zu Maßnahmen zur Begrenzung der Energiepreise. Schon die

Sozialisten hatten Steuern erhöht und die Gehälter im Staatsdienst gekürzt. Ihnen mag es schwer gefallen sein, einige Auflagen der Troika zu schlucken. Aus ihrer Not machte Passos Coelho mit seinem bürgerlichen Partido Social Democrata (PSD) eine Tugend. Er wollte ohnehin den Staat verschlanken und wirtschaftsliberale Akzente setzen.

Im Wahlkampf hatte er noch versichert, weder Steuern erhöhen noch Privilegien wie das 13. oder 14. Gehalt der Staatsangestellten antasten zu wollen. Stattdessen wollte er dem „Fett“ des Staates zu Leibe rücken. Nur war dieses Fett, wie eine Zeitung witzelte, nicht so leicht zu orten wie die Polster der fettleibigen Konkurrenten einer Reality-Show im Fernsehen, die mit Diät und Sport um die Wette abmagern müssen. Schnell erwiesen sich auch einige makroökonomische Annahmen der Troika als zu optimistisch. Um die Vorgaben trotzdem zu erfüllen – koste es, was es wolle –, ging die Regierung in Sachen Austerität viel weiter als anfangs geplant.

Kaum im Amt, erhöhte Passos Coelho doch die Steuern. Und bald plante die Regierung auch Kürzungen am 13. und 14. Monatsgehalt im Staatsdienst. Weil das Verfassungsgericht solche und andere Pläne teilweise kippte, wurde die Einkommensteuer erneut erhöht. Als Opfer von Sparmaßnahmen fühlten sich neben den Staatsangestellten auch Rentner und Bezieher von Sozialleistungen. Auch das Personal im Privatsektor erhielt tendenziell niedrigere Löhne und, bei Entlassung, niedrigere Abfindungen. Kritiker wandten ein, dass eine Überdosis an Austerität das Land noch tiefer in seine Rezession treiben werde. 2013 räumte sogar der IWF ein, dass die Kosten des Sparkurses in Portugal, wie in Griechenland, unterschätzt worden seien. Nur hatte diese Einschätzung wenig praktische Folgen.

**Der IWF räumte ein, die Kosten der Austerität unterschätzt zu haben**

### **Beifall und Klagen**

Mittlerweile macht sich eine zaghafte Belebung bemerkbar. Nach einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um rund 1 Prozent 2014 veranschlagt die Regierung für 2015 ein immer noch moderates Plus von 1,5 Prozent. Hatte sich Portugal 2011 am Markt nicht mehr finanzieren können, so sanken die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen – auch dem Trend in der EU folgend – auf nunmehr rund 3 Prozent. Unterdessen dürfte das Staatsdefizit, das 2010 über 10 Prozent des BIP erreicht hatte, 2014 auf maximal 4 Prozent gefallen sein (ohne Einmaleffekte). Aus Brüssel und Berlin mag für den bisherigen Defizitabbau frenetischer Beifall gekommen sein. In Portugal klagen Krankenpfleger oder Angestellte der Sozialversicherung indes wegen Personalmangel über eine starke Überlastung, die manche Dienste in ihrer Funktionsfähigkeit empfindlich beeinträchtigt.

Manches deutet auf Erholung: Portugal erschließt neue Exportmärkte und empfängt mehr Touristen. Die Neuwagenverkäufe steigen. Die Arbeitslosenquote, die 2013 zeitweise auf über 17 Prozent geklettert war, ist Ende 2014 auf gut 13 Prozent gesunken – das reflektiert zum einen die Schaffung neuer Jobs, zum anderen aber auch Resignation und eine massenhafte Emigration. Gering Qualifizierte zogen ebenso fort wie Krankenpfleger, Ärzte und Ingenieure.

Auch der Abbau des Staatsdefizits gestaltete sich schwieriger als anfangs angenommen. Eigentlich sollte die Regierung schon für 2013 ein Minus von maximal 3 Prozent des BIP ausweisen. Weil sich das als unrealistisch erwies, bekam das Land dafür von der Troika einen Aufschub bis 2014, dann bis 2015.

## Die Troika rügte, Portugal habe in seinem Reform-eifer nachgelassen

Für die eifrige Umsetzung des Hilfsprogramms erhielt die Regierung immer wieder Lob von der Troika, obwohl auch mit einigen Fingerzeigen. Für ihr Staatsbudget für 2015 aber, das erste nach Ende des Hilfsprogramms, erntete die Regierung Tadel. In diesem Wahljahr will sie das Defizit nämlich nur auf 2,7 Prozent des BIP anstatt auf die vereinbarten 2,5 Prozent drücken. Nach einem Kontrollbesuch rügten die Troika-Mitglieder im November, dass die Konsolidierungsbemühungen und der Reformeifer nachgelassen hätten. Für 2015 erwartet die EU-Kommission ein Staatsdefizit von 3,3 Prozent.

Zweimal pro Jahr will die Troika Inspektionen durchführen, bis das Land den Notkredit zu 75 Prozent abgestottert hat – was mindestens 20 Jahre dauern dürfte. Immerhin liegt die Staatsschuld insgesamt bei 128 Prozent des BIP. Eine Neuverhandlung ihrer Konditionen war für die Regierung nie ein Thema, obwohl einschlägige Rufe nicht nur aus dem linken Lager kommen.

Noch in 50 Jahren dürften viele Senioren in den Altenheimen indes keine Besuche von Kindern und Enkeln bekommen. Vielleicht nennt man die Generation der Kinderlosen später einmal „Troika-Generation“. In den vergangenen Jahren hat sich ein langfristiger Geburtenrückgang in dem Land mit rund 10,5 Millionen Einwohnern beängstigend beschleunigt. Im Jahr 2010 kamen gut 101 000 Kinder zur Welt, 2013 nur noch knapp 83 000. Während die Zuwanderung abnahm, verließen Portugiesen scharenweise das Land. Laut Schätzungen gingen jährlich über 100 000 Personen fort. Wer bleibt, findet angesichts der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt, niedriger Löhne und des Zwanges zu mehr Mobilität kaum Anreize zur Elternschaft. Viele Leute leben noch mit über 30 bei ihren Eltern.

Solche Langzeiteffekte der finanziellen Rosskur scheint die Troika ausgeblendet zu haben. Sie sieht Portugal anscheinend als Land, das im Wettbewerb weiter auf niedrige Arbeitskosten setzen soll. Eine seit Oktober 2014 wirksame Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, der seit 2011 unverändert 485 Euro betragen hatte, auf 505 Euro monatlich stieß prompt auf Kritik. Schon die Tatsache, dass man fast 30 Jahre nach Portugals Beitritt zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft immer noch über solche Beträge streitet, spricht nicht für eine optimale Nutzung der massiven Fördermittel aus Brüssel.

Andererseits gibt es einige Beispiele für erfolgreichen Strukturwandel mit eigenen Ressourcen – und die stammen aus der Zeit, bevor die Troika auf den Plan trat. Als ein Traditionssektor, der sich neu erfunden hat, gilt etwa die Schuhindustrie, die heute weniger als früher billige Massenware liefert, sondern mit eigenem Design, Qualität und auch höheren Preisen neue Märkte erobert.

Die Armut ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Im Jahr 2012 lebten laut Daten des Nationalen Statistikinstituts 18,7 Prozent der Bevölkerung (im

Vorjahr 17,9 Prozent) unter der Armutsgrenze. Keine Statistik zählt genau die Personen, die nicht mit eigenen Mitteln oder familiärer Hilfe über die Runden kommen. Laut Schätzungen sind 500 000 Frauen, Männer und Kinder auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Auch manchen Menschen aus der arg gebeutelten Mittelschicht blieb der soziale Absturz nicht erspart.

### **Klüngel, Korruption, Kriminalität**

Imposant ist in dieser Lage der Mix aus portugiesischer Improvisation und – organisierter oder informeller – solidarischer Hilfe. Ob der soziale Friede ohne dieses Netz gehalten hätte, steht dahin. Eine friedliche Protestwelle, die 2012/13 ihren Höhepunkt erreichte, ist abgeflaut. Und doch ist 40 Jahre nach der unblutigen Nelkenrevolution von 1974, bei der aufständisches Militär eine 48-jährige Diktatur beendete, öfter zu hören, dass Portugal wieder eine „Radikallösung“ bräuchte.

Im Vorfeld der Parlamentswahlen, die im Herbst 2015 anstehen, wirkt die Parteienszene aber stabil. Anders als in Griechenland, Italien und Spanien zeichnet sich nicht ab, dass irgendein Newcomer ein Erdbeben auslösen könnte. In jüngeren Wahlumfragen lag der oppositionelle Partido Socialista (PS) vor dem PSD. Es gibt also kein Zeichen für ein Ende des steten Wechsels der zwei Parteien, die seit Inkrafttreten der Verfassung von 1976 abwechselnd fast immer den Regierungschef gestellt haben und die ein Grundkonsens in EU-Fragen eint.

Allerdings wachsen Verdruss und Wut über Indizien für Klüngel, Korruption und Wirtschaftskriminalität, ohne die der Korrekturbedarf bei den Staatsfinanzen womöglich deutlich geringer wäre. Ein regelrechter Krimi rankt sich etwa um den Kollaps der Banco Português de Negócios (BPN), die als ein Revier einiger früherer, teilweise prominenter PSD-Politiker galt. Ende 2008 wurde das Institut verstaatlicht und 2012 für gerade einmal 40 Millionen Euro reprivatisiert. Seine Rettung kostete den Staat aber 3,4 Milliarden Euro, rund 2 Prozent des jährlichen BIP.

Im Sommer 2014 erlebte das Land den ebenfalls verdächtigen Kollaps der Banco Espírito Santo, der zweitgrößten Privatbank des Landes mit besten Drähten zur Politik. Völlig unerwartet kam die vorübergehende Festnahme ihres langjährigen Exekutivchefs Ricardo Salgado zur Vernehmung in einer Geldwäscheaffäre. Auch in anderen Fällen war die Justiz, der man Stärke gegenüber den Schwachen und Schwäche gegenüber den Starken nachsagt, überraschend aktiv. Im November wurden elf Personen, unter ihnen drei Spitzenbeamte, wegen mutmaßlicher Korruption bei der Vergabe von „goldenen Visa“ an Immobilienkäufer aus Nicht-EU-Ländern festgenommen. Wenig später kam Ex-Ministerpräsident José Sócrates unter dem Verdacht von Steuerbetrug, Geldwäsche und Korruption gar in Untersuchungshaft. Viele Portugiesen vermuten freilich, dass solche Fälle nur die Spitze eines Eisbergs bilden.

Thomas Fischer ist Portugal-Korrespondent u.a. der Neuen Zürcher Zeitung.

**Die Rettung einer Bank kostete den Staat rund 2 Prozent des BIP**